

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstellen-Anzeigen die
3 geplante Kolonel-Seite
50,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Vom 10. Gewerkschaftskongreß.

II.

In der vorigen Nummer des „Proletariers“ ist bereits mitgeteilt, daß die Vertrauensresolution für die Generalkommission mit 445 gegen 179 Stimmen angenommen wurde. Für das Vertrauensvotum stimmten die Vertreter von 3 307 335 Mitgliedern, dagegen haben gestimmt die Vertreter von 1 483 779 Mitgliedern. Zu dem Referat des Genossen Leipart über die „Richtlinien für die künftige Wirklichkeit der Gewerkschaften“ lagen dem Kongreß die von der Vorstandskonferenz vom 25. April 1919 beschlossenen „Richtlinien“ vor, denen der Kongreß mit großer Mehrheit zustimmte. Die Richtlinien lauten:

1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der privatkapitalistischen Warenproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen. Sie haben große Massen der Arbeiter in starken Verbänden gegen die Unternehmer vereinigt, sie in Kämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zum Erkenntnis ihrer Lage und zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangen systematischen Kampf den Unternehmern nicht nur Arbeitszeitverkürzungen und Lohnherabsetzungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Unternehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgeberwillkür entzogen. Sie haben der Arbeiterschaft die Annerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigten Vertragsteil erlangt und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, vor dem ein einseitiges Herrschaftsrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht angebahnt und gefordert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wesentlichen Arbeitserfordernisse gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenchaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muss deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterschaft gestärkt und damit zugleich ihren Einfluss auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortwährendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muss planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefordert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erzielte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge sind wichtige Voraussetzungen für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gesellschaft macht die gegenwärtige Hilfe der Arbeit in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Erschulden Erwerbslosen. In dem Maße der Verwirklichung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstützungsseinrichtungen abgebaut werden.

6. Die Interessengegenseitigkeit zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverhandlung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verhütet werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streitrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muss bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verankert werden. Innerhalb der Betriebe sind frei gewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, sich gegenwärtig verstehen und berechtigte Wünsche des anderen Teiles objektiv beurteilen zu können, ohne die großen Geschäftspunkte des allgemeinen Volkswohles außer acht zu lassen. Im Interesse des gesamten Deutschen Volkes ist diese Gemeinschaftsarbeit notwendig und muß geleistet werden. Schon allein die aufgerollten Friedensbedingungen zwingen uns, unsre Kraft auf gemeinsame Ziele einzustellen.

8. Die Durchführung der in diesen Richtlinien aufgestellten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufsweisen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gemeinschaft der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische und religiöse Überzeugung ist in diesen Organisationen kein Hindernisgrundsatz für den Beitritt.

9. In den Gemeindebezirken über größeren Wirtschaftsgebieten befinden sich aus Umwälzen mit beruflicher Erweiterung hervorgegangene Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisationen ihnen gesetzlich zugesetzten Räten und Städtischen und die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitlicheren örtlichen Gewerkschaftsstellen. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Inneren örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertreterungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Kreisverbänden nach dem Verhältnismäßigsystem zu berufen. Dasselben können mit entsprechend gesetzlich festgesetzten Vertretungen der Betriebsräte gemeinsam sozialpolitisch und wirtschaftspolitische Anstrengungen als Selbstverwaltungsgremien der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) bearbeiten. Gesetzestexte ausarbeiten und kontrollieren sowie Vorrichten für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftsweisen in deren Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinzuwirken.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Brüderverein reiner Arbeiterschaften nicht selber Träger der Produktion sein, als

welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern zu. Sie haben grundlegende und praktische Richtlinien für die Arbeitgebervertreter aufzustellen und für die dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen treffen, um die Erkenntnis aller volkswirtschaftlichen Fragen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterschaft zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auslösen, die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

Der Kongreß stimmte ferner dem Entwurf der Vorstandskonferenz zu, betreffend die „Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte“. Den Entwurf selbst finden unsre Mitglieder in der Nr. 19 des „Proletariers“. Einem Antrag Hesselsch wurde gleichzeitig zugestimmt, der besagt:

Der Kongreß erläutert nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über die Betriebsräte, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können. Unsre Vertreter erwarten, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuwirken, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das politische Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeitnehmerangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitgebervertreter erfolgen.

Als wichtig sei hier auch bemerkt, daß in Zukunft bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongreß auf je 10 000 Mitglieder ein Delegierter entfällt, statt wie bisher auf 5000. Bei dem ungeheuren Anwachsen der Gewerkschaften ist dieser Beschluß eine Selbstverständlichkeit.

Es ist leider nicht möglich, auch die sonstigen wichtigen Entschlüsse des Kongresses alle zum Abdruck zu bringen. Wer sich über die Verhandlungen der Nürnberg Tagung genauer unterrichten will, muß sich also das Protokoll verschaffen.

Eine Generalkommission und eine Vorstandskonferenz wird es in Zukunft nicht mehr geben. Dafür antreten der Bundesvorstand und der Bundesausschuß. Diese beiden Organe entsprechen den seitherigen Spitzen der Gewerkschaften. Der Bundesvorstand wurde um 2 Mitglieder verstärkt. Er besteht nunmehr aus 15, statt wie bisher aus 13 Personen. Es wurden als erster Vorstand Karl Regen (Holzarbeiter) mit 428 Stimmen, als Stellvertreter Graßmann (Buchdrucker) mit 429 und Cohen (Metallarbeiter) mit 417 Stimmen; als Kassierer Kübe (Zimmerer) mit 412, als Sekretär Knoll (Steinseher) mit 434 und Löffler (Bergarbeiter) mit 431 Stimmen; als erster Redakteur Umbreit (Holzarbeiter) mit 412 Stimmen. Als Beisitzer (unbesoldet) werden bestimmt Bader (Brauereiarbeiter) mit 327, Brunner (Eisenbahner) mit 423, Bruns (Fabrikarbeiter) mit 407, Giebel (Bureauangestellter) mit 422, Sabath (Schneider) mit 387, Sassenbach (Sattler) mit 406, Schmidt (Landsarbeiter) mit 413 und Silberschmidt (Bauarbeiter) mit 427 Stimmen gewählt.

Die Liste der Opposition, auf der als Vorsitzende Fädel (Tiefgarbeiter), Richard Müller (Metallarbeiter) und Schumacher (Schneider) standen, erhielt 159 bis 168 Stimmen.

Was ist richtig?

Die Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wollen dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens dienen unter Wahrung der beiderseitigen Interessen. Gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Beschaffung von Rohstoffen und deren Verteilung auf die einzelnen Werte nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, Schaffung von Wirtschaftsmöglichkeiten und Einwirkung auf die Zoll- und Steuergestaltung der Ein- und Ausfuhr sollen zum Ziele führen. Beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, haben sich damit auf ihnen teilweise fremdes Gebiet begeben und es bedarf strenger Selbstzucht, sich gegenseitig verstecken und berechtigte Wünsche des andern Teiles objektiv beurteilen zu können, ohne die großen Geschäftspunkte des allgemeinen Volkswohles außer acht zu lassen. Im Interesse des gesamten Deutschen Volkes ist diese Gemeinschaftsarbeit notwendig und muß geleistet werden. Schon allein die aufgerollten Friedensbedingungen zwingen uns, unsre Kraft auf gemeinsame Ziele einzustellen.

Der durch den Krieg verursachte Niedergang der deutschen Industrie macht es manchmal schwer, Ursache und Wirkung richtig zu erkennen und daraus die notwendigen Schlüssefolgerungen zu ziehen. Spielt dann das aus früherer Zeit noch nicht überwundene Misstrauen mit hinein, so wird der Blick für die Gegenwart getrübt und für die Zukunft versperrt. Der falschen und schiefen Beurteilung entgegenzutreten und die Mißverständnisse aufzulösen, sollen diese Ausführungen dienen.

Die in Unternehmertreinen beliebte Aussicht, daß die Revolution den Niedergang verhindert habe, ist zum großen Teil überwunden. Die Städte der Kriegswirtschaft mit den starken Verschwendungen der Arbeiterschaft und der Arbeitsmaschinen, die Verwendung der Rohprodukte zu Kriegszwecken ohne volkswirtschaftlichen Wert, die Unterbindung des Warenaustausches über die Landesgrenzen hinaus liegen so klar zutage, daß den Revolutionsereignissen dafür die Schuld nicht zugeworfen werden kann. Auch die Unterernährung der minderbemittelten Wohlstandsschichten und damit verbunden die Herauslösung der Arbeiterschaft des einzelnen wird als Kriegsfolge erklärbar. Trotzdem will als wesentliches Ergebnis beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens von den Unternehmern fortgesetzt auf die gefunkte Arbeitsleistung und die mangelnde

Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter hingewiesen. In Wort und Schrift wird dieser Gedanke in die Öffentlichkeit geschleudert und dadurch der Anschein erweckt, als ob die Arbeiter in ihrer Gesamtheit Paräulen der Gesellschaft wären. Dieser allgemeine Herabsetzung der Arbeiterschaft muss in der Öffentlichkeit ebenso scharf entgegentreten werden wie der gegenteiligen Auffassung vieler Arbeiter, daß die Unternehmer heute noch ebenso wie früher einzig und allein Ausbeuter der Arbeiter seien. Beide Teile haben sich in ihren besten Elementen den neuen Zeitverhältnissen angepaßt und fallen ihre persönlichen Interessen, soweit ihre Existenz gesichert erscheint, unter das allgemeine Wohlwohl zurück. Wo diese Erkenntnis noch nicht Platz gegriffen hat, wird die Wirkung mit rauer Hand den Widersprüchen die Wege weisen. uns fällt dabei die Aufforderung zu, die divergierenden Kräfte näher zu bringen, was nur durch Auflösung der wahren Verhältnisse möglich ist.

Kommen wir zurück auf die gefunkte Leistungsfähigkeit und Arbeitslust. Die Unternehmer beweisen beides durch die in den letzten Monaten erheblich gestiegerten Ausgaben für die erzeugten Güter. Ein Unternehmer stellt in persönlicher Unterhaltung vor längerer Zeit folgende Bedeutung auf, die in ihren Grundzügen von allen Fabrikanten angewendet wird. Denach soll der Lohn seit November um etwa 100 Prozent gestiegen sein, die Gestehungskosten des fertigen Produktes aber um 400 Prozent. Die Leistungsfähigkeit dieser Angabe vorausgesetzt, beweist noch nicht, daß die Arbeitslust erheblich nachgelassen hat oder allgemeine Arbeitsunlust vorhanden wäre. Die Unternehmer haben bei dieser Berechnung den Gehaltsnachschub der in Betrieb vorhandenen Arbeiter zugrunde gelegt und das Ergebnis als Gestehungskosten verbucht. In der chemischen Industrie, Metallindustrie und vielen andern Industrien ruht der Betrieb zum großen Teil wegen Mangels an Rohstoffen und Kohlen oder wegen Umstellung des Kriegsbetriebes auf Friedensproduktion. Die große Masse der Arbeiter wird mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt und zu Reparaturarbeiten verwendet. Die Löhne dieser Leute in die Gestehungskosten mit einzurechnen mag kaufmännisch richtig sein, aber ein richtiges Bild von der Arbeitsleistung gibt das nicht. Nur die bei der Produktion direkt Beteiligten dürfen bei der Preisberechnung in Frage kommen, wenn vom Preis auf die Arbeitsleistung des einzelnen geschlossen werden soll. Wird in dieser Weise verfahren, dann dürfte sich ergeben, daß selbst die Verkürzung der Arbeitszeit nicht voll in der Preiserhöhung zum Ausdruck kommt. Im Bergbau ist übrigens nachgewiesen, daß der Steinkohle während des Krieges auf die Preisgestaltung noch lange ungünstig nachwirkt. Minder ertragliche Lager sind nicht abgebaut, die Zimmerung und Ausmauerung ist zum großen Teil nur notdürftig vorgenommen und Schutt und Übermauerstein nur mangelhaft fortgeräumt worden. Diese Arbeiten müssen nachgeholt, weniger extragreiche Flöze abgebaut werden. Kohlen fördern und wieder fördern war die Lösung. Nach sachverständigen Urteilen können diese Mängel erst in Jahren beglichen werden. Bis dahin wird die Friedensförderung beim besten Willen der Arbeiter und Anspannung aller Kräfte nicht erreicht werden können. Mit Arbeitsunlust hat das nichts zu tun. Die Unternehmer bringen in der „Industrie“, Fachzeitung für Kohlen-, Eisen- und Eisenerzbergbau, in Nr. 25 unter der Stichmarke „Die verkürzte Arbeit und ihre Folgen“:

„Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die Leistung der Bergarbeiterheit den Stand der Friedenszeit manchmal erreichen kann. Dazu hat die Ernährung zu lange Zeit zu mündigen übrig gelassen. Anderseits muß aber auch festgestellt werden, daß die Leistung sehr erheblich höher sein könnte.“

Eine der Hauptursachen für diese Erdeinigung liegt fraglos in der von sehr vielen Bergarbeiter ausgenutzten Möglichkeit, die weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit durch Übernahme von Nebenarbeit auszuüben und dadurch ihre eigene Arbeit zu verlängern. Leute, die auch den Bergarbeiter nicht angefochten werden können, liegen in hinreichender Menge vor. So brachte der „Bochumer Anzeiger“ am 31. Mai eine Zuschrift aus gewerkschaftlichen Kreisen, die sich bitter darüber beklagte, daß die Bergarbeiter sich zur Ausführung von Straßen- und Kanalisierungsarbeiten neben ihrer eigentlichen Berufstätigkeit drängten. Am 10. Juni brachte der „Klare Sprecher“ einen Appell des Bochumer Handwerks an die Bürgerlichkeit bei Vergebung von Handwerksarbeit das eigentlich Handwerk herausziehen, anstatt die Arbeit durch Bergleute, Kohlarbeiter usw. in ihrer freien Zeit anzuhören zu lassen. Das „Böllersblatt“ vom 5. Juni enthielt eine Eingabe des freien Gewerkschaftsvereins in Bochum an das Arbeitsministerium, in der es u. a. heißt: „Wie dem Ministerium bereits bekannt sein dürfte, wird die Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung“ über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter“ vom 23. November 1918 in zunehmendem Maße von den Arbeitnehmern durchbrochen. Besonders häufen sich die Fälle, daß die Bergarbeiter des heutigen Kohlenreviers nach der Verfassung ihrer regelmäßigen Schicht im Bergbau auch eine weitere regelmäßige Arbeitszeit in den verschiedensten Gewerben, wie bei Eisen- und Bauarbeiter, vertragen. Da in den meisten der letztgenannten Gewerbe kein Arbeitsmangel besteht, ja Überfluss vorhanden ist, so sollen sie den Bergarbeiter in den Städten und Dörfern zur Arbeitslosigkeit und ihren verdecklichen Folgen bei Zugleich durchbrechen sie den sozialen Charakter des Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit.“

Was ist nun richtig? Muß die Leistung der Berg- und Fabrikarbeiter höher sein oder arbeiten diese Leute zuviel? Beides wird behauptet. Ebenso wird gesagt, daß in den meisten der legiti-genierten Gewerbe kein Arbeitermangel, sondern Überschuß vorhanden ist, während an anderer Stelle derselben Sommer genannte Zeitung vor Auswanderung gewarnt wird und dem Verfasser folgende Sätze unterlaufen:

Wer redlich arbeiten will — auch jetzt noch zu menschentümlicheren, erträglicheren Bedingungen als in irgendinem andern Lande — der kann es auch in Deutschland trotz aller Lasten zu etwas bringen. Er braucht nicht Kulturdünger für niedriger stehende Völker zu sein, braucht sein Vaterland nicht jetzt, wo fleißige Hände das ausbauen sollen, was unsren Kindern glückliche Heimat sein soll, im Sich zu lassen, um in Südamerika, wo zur Zeit große Arbeitslosigkeit herrscht, als Eule ein freudloses, erbärmliches Dasein zu fristen.

Also auch hier Widersprüche. Erst muß Arbeiterüberfluss e Arbeiterunmoral beleuchten und dann werden fleißige Hände im Ausbau gebraucht. Tatsache ist, daß viele Arbeiter neben ihrer Hauptberufssarbeit noch andre Arbeit leisten. Sie wollen sich höheres Einkommen Mittel zur Beschaffung notwendiger Lebensmittel erlangen. An den Bucherpreisen tragen die Arbeiter die wenigste Schuld und die Löhne stiegen erst immer dann, wenn die Lebensmittelpreise das exträgliche Maß im Verhältnis zum Lohn überschritten hatten. Wir stellen fest, daß während der Siegszeit die Arbeiter die Höchstleistung an Arbeit vollbrachten bei ungenügendem Lohn und unzureichender Ernährung, und daß bei den jetzigen Verhältnissen der zum Teil erheblich geänderte Verdienst zum Unterhalt der Arbeiter und ihrer Familien noch nicht ausreicht, weil die gesamten Lebensmittel Bucherpreise gen. Daneben war es der besitzenden Klasse während des Sieges möglich, sich mit Lebensmitteln in ausreichender Weise zu versorgen. Und so ist es heute noch. Im Gefühl dieser Ungeachttheit greifen die Arbeiter zu Mitteln, die häufig nicht geeignet sind, Abhilfe zu schaffen und der Volkswirtschaft schädlich sind. Es nur auf die politischen Streiks verwiesen. Aber auch sonst ist Arbeiterfreien Arbeitsunlust zu verzeihen, die jedoch nicht als gemeinercheinung angesprochen werden darf. Der einzelne Arbeiter empfindet die Schäden der heutigen Zustände, weiß aber Zusammenhänge nicht richtig zu bewerten. Darum ist es notwendig, gemeinsam die Schwierigkeiten zu bekämpfen und zu besiegen, dann wird auch die angeblich geschwundene Arbeitslust wieder einstellen. Herbeischaffung von Nahrungsmitteln und Sanktierung des wucherischen Zwischenhandels, vor allem gleichmäßige Verteilung an die Verbraucher, werden Wunder wirken. Vorgänge in Berlin am 23. Juni sollen uns zeigen, welchen Platz wir zu gehen haben. Die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter besteht, wenn sie sich satteßen und ihren Kindern das notwendige frische Brot geben können. Die freie Zeit nach achtstündiger Arbeit wird der Unterhaltung und Fortbildung dienen und nicht weiterer Arbeitsfron verwendet werden, wenn dem Arbeiter normaler Arbeit seine Existenz gewahrt ist. Dieses zu erreichen ist Aufgabe beider Teile. Werden wir dieser Aufgabe gerecht werden können?

Der Einfluß der Sozialisierung auf den Aufstieg geistiger Kräfte.

In dem so beititelten Aufsatz, der mit der Unterschrift H. F. am 7. Juni in diesem Blatt erschienen ist, macht der Verfasser neben manchen beifallswürdigen Ausführungen auch folgende Angabe: „Nicht selten hört man unter Bezugnahme auf Darwin, daß die Sozialisierung der Volksgesundheit zu widerstreite, weil durch die Beseitigung des Wettbewerbes der Mensch aus Dasein erphöre, der zur Auslese der Bestangepassten erforderlich sei.“ Zum Beleg für diesen Satz wird in einer Fußnote auf mein Buch „Bereitung und Auslese“, 3. Auflage, Jena 1918, verwiesen. Daß der Verfasser des Aufsatzes hierbei keine Seitenzahl angibt, während er es bei den Hinweisen auf andre Bücher im gleichen Aufsatz nicht unterläßt, die Seitenzahlen zu nennen, ist kein Bußfall. Denn in dem genannten Buch von mir ist die angegebene oder eine ähnliche Ausschauung nirgends zu finden. Hätte H. F. dem Buch, daß er meint, auch die Lüste erwiesen, es würdig zu lesen, so würde er gut nicht vermuten, daß darin eine solche Aussicht zu finden sei. Sein ehriger Satz enthält zudem den nicht leicht zu nehmenden Vorwurf, daß ich mich für die angegebene Aussicht zu Unrecht auf Darwin berufe, also beispielhaft auf Grund einer mir überflächlichen Kenntnis dieses großen Autors. Ich darf wohl sagen, daß ich meineswerts nicht ein leinen Autor bin, ohne ihn würdig gelesen zu haben. Um den Nachweis zu führen, daß jene mit angeführte Aussicht nicht die Meinung ist, giebt H. F. einen Satz aus Darwins „Abstammung des Menschen“, wonin die große Bedeutung der sozialen Harmonie für das Gedeihen menschlicher Gesellschaften und für die natürliche Zuchtwahl unter den Tieren hervorgehoben wird. Hätte H. F. meinen Ausführungen über die menschlichen Sozialbedingungen für die menschliche Höherentwicklung in „Bereitung und Auslese“ (S. 121 ff. und 187 ff. der 3. Aufl.) Beachung geschenkt, so würde der nicht annehmen, daß der menschlichen Sozialentwicklung nach meiner Ansicht geringere Bedeutung für den Fortschritt und zufolge den Völkern zufolge als nach Darwin bedeigend doch der größte Teil des genannten Buches gerade von der Unzulänglichkeit und Verfehltheit der menschlichen Sozialausgangsschuleide nicht den Gedanken hat der modernen Soziologie. Also in dem heutigen Teil des Buches, der von den Wegen des Kapitalismus handelt, wird er Erschöpfung einer von der Zukunft erhofften wirtschaftlichen Sozialtheorie auf die Hebung der Kapitalistischen des Kulturbürgers in solgender Weise erwartet: „Es ließen sich wiederum Gelehrten der wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung verstehen, bei denen der Theologen die Sozialausbildung tatsächlich erleichtert und den Unterdrückten fairen Rechte eingeräumt werden...“ Wenn einmal tatsächliche Hebung der Sozialausbildung des vollzogenen Bürgers und durch

Ermüdung und Berufskrankheiten.

Mr. Secretary from Washington, D.C.

(die welche eine Rechte vorbehalten.)
Wieder das Beispiel und die Bedeutung der Erwähnung liegen wie nicht allgemein, und das, was die Befreiungsrechte an den Tag gebracht haben, ist hier durch diesen Preis von jenseitlichen Rechten getrennt. Wer z. B. kennt den Unterschied zwischen Weidigkeit und Erwähnung? Und dass zu wissen ist im Grundsatz nicht weckend. Weidigkeit ist ein publischer (d. h. personalem empfunden) und beweisbar ein abgetheilter (d. h. jedem zugewiesener) Zustand. Zu beweisen: Ich kann mich nicht selbst (weiden) und doch nicht ausreden sein; einen irgend welche Anspruchsvorwurf die Weidigkeit bestreiten werden. Erwähnung aber liegt nur durch andre Aussagen oder abhaltes wegzutragen; sie ist eine Zusage, welche verhindern darf, welche kann, wenn eine Rechte ausgesetzt wird.

Gesetz ist ein Unterdrucke in der Gesellschaft verdeckter Menschen vorhanden; der eine leichter tritt, der andere weniger, ganz nach Fäden zieht. Alle diese sind es gewisse Gesetze in der menschlichen Unterdrückung. Wer nun aus einer Verstüppung erhebt und aus ihr herauskommt, wenn er auf diese Weise die Freiheit der Entwicklung erhält, der jenseit der Stunde aufzuspielen, wenn dies Gesetz geschieht, kann gewisse Gesetze

Er gefügt die Begegnung auf, die ein Schach zu vollbringen hat, um so leichter sollte er beweisen legen, daß er sich nicht überredet hätte und vorausgesetzt, wenn er tatsächlich gewinnt, nach Ergebnis seiner Wappenscheide bestätigen könnte. So legte er einer anderen, durch einen Mann führet geleitet hätte, folgende Urtypen auf, welche ihm Schach nicht weiter, sondern föhren, um weniger leicht zu erkennen und besser denken und handeln zu können. Sechzehn ist sicher Evidenz für jede Schachspielerin vollständig, und mancher kann darum etwas Sonderbares aus ihr herausheben. Die Begegnungen der Komödien unterstreichen auf diese Art und Weise, aber das ist kein Schauspiel; denn durch Rebe und Gegnerin wird eine Szene mit besser

Am ersten Stelle muss der Bühnenname Theaterschauspieler genannt werden, der seit länger als zehn Jahren mit der Künste des Schauspielens

Eindüngung einer Moral des Massendienstes das Ideal der Klassenherrschaft so hohem Ansehen in der öffentlichen Meinung und besonders den gesetzgebenden Faktoren gewinnt sein wird, daß man es für heilige Pflicht halten wird, ihm mit aller Kraft zu dienen. Dann wird vielleicht eine solche Verteilung des Volkseinkommens such werden, daß die Anteile, die auf die verschiedenen Personen fallen, so gut wie möglich dem Wert angemessen sind, den die Person für die Gemeinschaft haben, und zwar nicht nur durch ihre soziale sondern auch durch ihre generative (d. i. vererbbares) Tüchtigkeit. Würde sich die volkswirtschaftliche Verfassung bis zu jener jernen Zeit gehalten haben, daß kapitalistische Betriebe und rententragender Besitz nicht mehr in den Händen einzelner Personen, sondern nur noch Staates und der Gemeinden wären, so müßten die Verschiedenheiten Einkommen der einzelnen Personen jedenfalls hauptsächlich durch verschiedene Wert bedingt sein, der ihren persönlichen Leistung für die Gesellschaft zugemessen wird, es würde also die wünschenswerte Gleichheit der Außenbedingungen beim Wettbewerb, höheres Einkommen und um höhere Bewertung anstrengend bewirkt ein". Nach Darstellung einer idealen Verteilung des Volkseinkommens einer künftigen sozialistischen Gesellschaft, welche die Wirkung, daß das Maß persönlicher Tüchtigkeit in das wünschenswerte Verhältnis zum Maß der Fortpflanzung zu bringen, heißt es weiter: „Eine solche volkswirtschaftliche Verfassung würde einerseits den Anreiz zur Fortpflanzung im allgemeinen und besonders für die an sozialem und klassenwert überdurchschnittlichen Personen erhöhen und anderseits an den unerlässlichen Sporn für diese nicht vermessen lassen, ihre persönlichen Fähigkeiten im Dienst des Gemeinwesens einzubringen und anzupassen. Und im Laufe der Generationen würde die soziale Leistungsfähigkeit der Bevölkerung auch durch ein Steigen ihres Vergabungsvermögens, infolge der vorwiegenden Fortpflanzung der sozial und eugenisch tüchtigeren, sich vergrößern.“ Vollige Nivellierung der Einkommensunterschiede wird allerdings befürchtet, „sie bedeutet eine Verrümpfung der Männerwertigen und würde eine gefährliche Schwäche der Gesamtleistung und ein Sintern der Konkurrenzkrise des so organisierten Gemeinwesens zur Folge haben. . . Nur die Befestigung künstlich ergründeter Klassenunterschiede ist im Allgemeininteresse wünschenswert“ – gegen jene persönlichen Vorteile im bezug auf Einkommen, Ansehen und Einfluß, die von ihrem Inhabern im freiem Wettbewerb mit allgemein gleichen äußeren Vorbedingungen zu erwerben sein würden, wären nicht antifaschistisch, sie wären sogar wertvoll, als Anreiz für andere Fähigkeiten im Dienst der Gesellschaft zu gebrauchen und ihre Kräfte auszuspinnen. Ledoch so erhebliche Unterschiede der individuellen Einkommen, wie sie die Entwicklung des Privatkapitalismus mit sich gebracht hat, sind weder im Interesse der Gesellschaft noch in dem der sozialen wünschenswert. Ich hege heute wie früher die schon in der ersten und in der zweiten Auflage dieses Buches geäußerte Überzeugung, kein Zweifel, der Demokratie gehört in allen zivilisierten Völkern der Erde die Zukunft . . . Eine gesunde Demokratie schließt eine Rangordnungsfürstilität nicht nur nicht aus, sondern ist ohne eine solche überhaupt nicht möglich“ (S. 459–462). Um gleichen Sinn ist in der Arbeit „Der Sozialismus vom gesellschaftsbiologischen Standpunkt“ Die „Umschau“, Frankfurt a. M., 4. Januar 1919 meine Stellung zum Sozialismus dargelegt. Sie hat keinerlei Reunionsfähigkeit mit der S. S. mit zuschreibt.

Dr. W. Schallmayer.

arbeit beitragen kann. Dieser Ausgleich kann geschehen werden dadurch, daß wir für die Nachfrage eine längere Arbeitszeit fordern. Er muß aber nach unserer Ansicht auch dadurch geschaffen werden, daß wir durch einen höheren Verdienst eine bessere Ernährung des Arbeiters ermöglichen.

Was ist nun in dieser Beziehung von unsrer Betonung in der letzten Zeit geschehen? Nichts! Oder doch fast nichts. Abgesehen von einigen örtlichen oder begrenzlichen Abmachungen ist weder die Arbeitszeit für die Nachschichtarbeiter kürzer, noch ist für die Nachschicht ein Zuschlag zum Lohn festgelegt. Ja noch schlimmer! In dem Reichsvertrag für die Papierindustrie ist direkt gesagt worden: „Für die regelmäßige Nacharbeit wird kein Zuschlag gewährt.“ Dadurch ist es unmöglich gemacht, in den Bezirken, in denen man sonst die Regelung der Löhne überlassen hat, einen Zuschlag für die Nacharbeit durchzuführen. Wenn man aber erkennt, daß die Nacharbeit tatsächlich schädigend wirkt, und wenn weiter ohne jedem Zweifel feststeht, daß die Nacharbeit größeren Aufwand an Nahrung bedingt, dann ist durch diese Bestimmung, die wahrscheinlich auf Drängen der Unternehmer in den Vertrag aufgenommen wurde, den Kollegen, die regelmäßig nachts arbeiten müssen, ein großes Unrecht geschehen. Sie stehen sich dadurch wesentlich schlechter als die Kollegen, die nur Tagschicht machen und müssen darüber hinaus die Schädigung ihrer Gesundheit in Kauf nehmen. Aber auch aus einem andern Grunde ist diese Bestimmung zu bedauern. Wenn die Unternehmer für die Nacharbeit Zuschläge zahlen müssen, wird das selbstverständlich einschränkend auf die Nacharbeit wirken, während sie sonst im Hinblick auf eine gute Ausnutzung des angelegten Kapitals ein Interesse an der möglichsten Ausbreitung der Nacharbeit haben. Das bedeutet aber, daß in Zukunft eine größere Anzahl unsrer Kollegen unter der schädigenden Wirkung der Nacharbeit zu leiden haben werden.

Was ist nun da zu tun? Ich bin selbstverständlich der Meinung,

Was ist nun da zu tun? Nun um soviel handlicher der Antrag, daß die Verträge während der abgeschlossenen Dauer gehalten werden müssen. Für diese Zeit wird also die nach meiner Ansicht offensichtliche Unge rechtigkeit nicht beseitigt werden können. Wenn aber die Verträge abgelaufen sind und dadurch die Gelegenheit geboten ist, Härten und Mängel zu beseitigen, muß unser erstes Augenmerk darauf gerichtet werden, Zuschlüsse für die Nachtarbeit zu fordern. Offenkundlich findet diese Frage dann bei den Kollegen, die dazu berufen sind, die Verhandlungen zu führen, das notwendige Verständnis, und vor allen Dingen auch den notwendigen Widerstand gegenüber dem Unternehmertum.

Q. Bruns, Frankfurt.

Haus der Industrie

Chemische Industrie

Kriegsfolgen.

Die Schwierigkeiten für die chemische Industrie Deutschlands sind mit dem Friedensschluß nicht beendet. Wer sich der angenehmen Täuschung hingab, daß Deutschland als gleichberechtigter Faktor im Völkerkonzert seine Handelsbeziehungen ungehindert wieder anknüpfen würde, muß jetzt zu anderer Anschauung kommen. Die „*Entente Chemique*“, eine Interessenvereinigung der Chemie der Ententestaaten, beschloß in einer Sitzung, wobei Frankreich, England, Vereinigte Staaten und Italien vertreten waren, die Bildung einer *Confédération der Gesellschaften für wissenschaftliche wie auch angewandte Chemie* soll angestrebt werden, und ferner, die Vereinigung in jedem verbündeten Lande soll eine nationale Vereinigung (*Fédération*) oder einen nationalen Rat wählen, der vom 15. bis 18. Juli bei der Sitzung in London vertreten sein soll. Ferner ist der Anschluß an die Vereinigungen in den neutralen Ländern vorgeschlagen. Es wurden 12 Grundregeln niedergelegt. Diese Grundregeln lassen leider erkennen, daß die Versammlung in London wie das ganze Interessengebilde eine scharfe Spize gegen die deutsche chemische Industrie hat. Auch der chemischen Industrie in den neutralen Staaten kann man nur ein platonische Liebe entgegenzubringen. Wie scharf gegen Deutschland Stellung genommen wird, geht aus einer Mitteilung in dem Journ. Soc. Chem. Ind. vom 30. April 1919 über die *Entente Chemique* her vor, die mit einem Bericht über den Besuch der Räumen der chemischen Fabrik Saint-Gobain schließt. Nach diesem Bericht hat dort kein Chemist stattgefunden, sondern die „Boches“ haben kaltblütig zerstört, damit das Land für die Franzosen unbewohnbar gemacht werde, nachdem die Bewohner ausgetrieben seien. Eine französische Industrie sei zum Verhältnis deutscher Kapitalisten zerstört worden und alles Werbelle weggeschleppt. Die Franzosen hätten den Glauben an ihre östlichen Nachbarn verloren. Die Engländer wer hätten sich der barbatischen Zerstörung der Orte bei Châlons zu erinnern?

Diese Auslassungen zeigen deutlich, daß an gemeinsames Arbeiten mit der ausländischen Industrie nicht zu denken ist, und es bedarf aller Kraftentfaltung der deutschen Industrie, durch Qualitätswaren sich den Weltmarkt wieder zu erobern.

Wenn uns nach den Kriegswirren als Endergebnis nur der Hass
unserer Gegner entgegenprinst, so wollen wir aber auch erwähnen, daß
sich ein kleiner Kreis Intellektueller, entgegen der herrschenden Strömung,
bemüht, einen brüderlichen Bund aller Geistesarbeiter zu bilden. Wünschen
wir diesen Bestrebungen besten Erfolg.

Aber neben dem Haß unserer Gegner haben wir auch noch andre Kriegsfolgen mitzutragen. Die deutsche Industrie setzte große Hoffnungen auf das Vorkommen von Erdöl in Mesopotamien und Südpersien. Sachverständige haben nun das gesamte Erdölgelände dort auf eine Ausdehnung von mindestens 400 Kilometer Länge festgestellt. Die Beschaffenheit des Stoffs ist vorzüglich. Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und der deutschen Entwicklung diese Erdölmassen herinnernt.

Nach Dr. Grünwald sollen unsre Landshöfe im Weltkriege mindestens
in einer einziger verloren oder stark beschädigt haben, was der größere
Teil der gesamten Landflotte sein dürfte. Jetzt werden uns die Ver-
teilungsetzungen vom Fluch. Zum Überdruß kommt aus Rumänien noch
ein Bericht der Brandkommission, die aus 5 Engländern, 3 Rumänen

bejähigt hat. Seine Schüler und seine Schülerschüler erdachten zuerst summe Methoden und manchen viele Experimente, um die Ursachen der verschieden Arbeitsleistung und der Erkrankung zu erkunden. Ihre Ergebnisse waren meistens noch keine volle Beweise Kraft, und manche davon war für den Geschlechteren von Bedeutung; andre jedoch sind von zweitem Interesse.

Wenn man die Leistungen eines arbeitenden Menschen zuverlässig stellt, so sieht man, daß sie einen sehr unregelmäßigen, schwier zu treibenden Charakter aufweisen. Erneuerung und Erfahrung bestimmen den Charakter. Nach den neuesten Erfahrungen ist jede Erneuerung eine Verlust, und je nach dem Grade der Erneuerung und der Verunsicherung einzelner kann sie Erfahrungen herauftreten.

Nach dem Aufsehen des italienischen Physiologen Mattei ist die Erzeugung eines dauerhaften Verganges. Als dessen Produkt entsteht eine soziale Erbkrankheit, welche die Muskelkontraktion (Muskelkrampfkrankheit) verursacht. Er sprach das Verhältnisse eines solchen Sturzes nachzuweisen, in welchem einer Durchspülung des Muskels mit einer Kochsalzlösung Erholung begegnete und seine Kontraktionsfähigkeit wieder herstellte. Beobachtungen von Helmholz, daß der erlahmende Muskel eine

zurückzuholen von dem Kupfer, das der arbeitende Muskel eine
cere Menge in Michael loslicher Stoffe entpft, und von da wiederum über den Umschlag der spongiösen (langgeschwanzigen)
Fiss des ruhenden Muskels in eine saure während der Arbeit,
der den Farbstoff zu der Aufschüttung, dass im arbeitenden Muskel Aus-
schüttung erzeugt werden, die gütig sind. Diese Zerfallssäfte, die sich
durch erhalten, sind die Ursachen der Erkrankung; sie treten sogar
unter ihnen hervor, wenn ihre Menge eine gewisse Grenze überschreitet.
Diese Säften erzeugt nun noch die Zufuhr. Doch es schwindet wieder

entstehen im Körper Gifstoffe (Genotoxinförperchen); der Arbeiter ermüdet", die Arbeitsleistung nimmt ab. Die entstehenden Antikörper begrenzen einen Teil der Giftpartikel; es tritt während der Arbeit eine "Schaltung" ein, die Arbeitsleistung nimmt wieder zu. Mit der zunehmenden Bildung der Genotoxinförperchen füllt sich der Körper aber immer mehr mit Ermüdungsstoff an. Die Vergiftung nimmt zu, der Arbeiter wird matt, müde, schließlich arbeitsunfähig und kann durch

Das wäre die Erklärung für die unregelmäßige Kurze der Arbeitszeitung. Als Nachwendung ergibt sich daraus: Durch mehrere kurze Säusen kann jedesmal ein Teil des Ermüdungsgutes aus dem Körper ausgeschieden werden und damit nicht nur die Leistungsfähigkeit erhöht, sondern der Arbeiter auch frischer und gesünder erhalten werden. Lang anhaltende, durch keine Pause unterbrochene Arbeit vermindert also die Leistung und schädigt den Körper. Zur völligen Beseitigung aller sich im Körper bildenden Giftpisse ist aber eine längere Unterbrechung der Arbeit nötig. Aus diesen Gründen ist der Arbeiter bei kurzer Arbeitszeit und einer langen Erholung leistungsfähiger als bei einer langen

Man wird den eben gemachten Ausführungen rücksichtlos be-
haupten können. Dagegen ist es sehr unvölknerlich, daß, wie einige
Forscher annehmen, durch eine zweitähnige Einteilung der Arbeit die
Ermüdungsstoffe stets wieder ausgeschieden werden können, so daß der
Arbeiter seine Arbeit ebenso frisch verlassen könnte, wie er sie begonnen
hatte. Zumindest können hierin Fortschritte erzielt werden. Ein anti-
enzymatisch-haltiges Präparat, das Professor Weichardt hergestellt hat, um
gegen die Ermüdung anzukämpfen, soll Erfolge gebracht haben. Man
hat in den Säulen die Luft mit zerstäubtem Antienzymin gefüllt; die
Wirkung davon soll gewesen sein, daß die Ermüdung verhindert und
eine höhere Leistungsfähigkeit erzielt wurde. Nach Weichardt soll der
Keramik den Ermüdungsstoff ansätzen, und wo viele Menschen in einem
Saale gemeinsam arbeiten, wird er von andern wieder eingearbeitet und
wird so aufgelöst. Wenn dies zuträfe, so läme der guten Ventilation
der Arbeitsräume eine erhöhte Bedeutung zu: Durch Reinigen der Luft
werde der Ermüdungsstoff ausgeschieden werden.

Wasserkunst, die Maschinen und Pumpen verhindern, Tiefenlängen und Doppelröhre vernichtet. Dampfkessel- und Dampfrohrleitungen durch Erdbebenung unverzüglich gemacht wurden. Die Betriebsleiter, Papierer und Bläser sind ebenfalls vernichtet und auf den Fabrikfeldern vergraben manche Rohrschläuche zu vernageln. Die Folge davon ist Mangel an Rohrleitung, die Deutschen am Färden zu verprüften bekommen. So muss jedem Endes das Volk die Sünden der Imperialisten büßen. G. S.

Gründung eines Arbeitgeberverbandes.

In der Kali-Industrie mussten seinerzeit die Unternehmer beim Zusammenschluss des Kali-Geiges im Syndikat abangemessen vereinigt werden. Einige Augenzeiter strengten im Jahre 1909 das Syndikat. Sie verstanden, das Auslandspolitik vollständig an sich zu reißen. Die Mehrzahl der Unternehmer mit Einschluss der fiskalischen Werke gingen leer aus. In dieser Not musste die Reichsregierung helfen und half es, um zur Zwangsabsindizierung. Neben dem Syndikat bestand der Kali-Interessenten-Verein, ein rein wirtschaftliches Gebilde. Eine soziale Organisation der Unternehmer des Kalis bestand nicht. Nunmehr haben sich Bestände herausgebildet, die unthalbar geworden sind. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft bedürfen auch die Unternehmer einer sozialen Organisation. Und so kam es denn am 3. Juli zur Gründung eines Arbeitgeberverbandes der Kali-Industrie. Getrennt ihrer bisherigen Geplogenheit, die bestehenden Organisationen in engste Führung zu bringen, gingen die Herren dazu über, eine Personalunion zwischen Kali-Interessenten-Verein, Kali-Synodal und Arbeitgeberverband zu schaffen. Der Vorsitzende des Kali-Synodals, Erz. Richter, wurde zum Vorsitzenden und Bergvater Bittler, Vorsitzender des Kali-Interessenten-Vereins, zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden im Arbeitgeberverband gewählt. Die Herren verstehen also ihre Interessen zu wahren. Der neue Geist hat sich in diesen Kreisen noch nicht durchgesetzt. Den Wünschen der Arbeiter werden Widerstände entgegengestellt, die in anderen Industrien weniger stark in Erscheinung treten. Aber auch diese Herren müssen davon überzeugt werden, dass der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft möglich ist. G. S.

Ein norwegisches Sozialisierungsexperiment.

Die Arbeiter von Korsf Sybro, dem norwegischen Monopol für Luftholzpelze, forderten, nach dem „Lebensdienst“, eine Wortordnung an die norwegische Regierung mit der Forderung, die Betriebe zu sozialisieren, die die trostlose Ausbeutung der Arbeiter, Beamten und Landwirte nicht länger angängig sei. Die Vorschläge bewegen sich durchaus im Rahmen der in Deutschland und Deutsch-Lappland erprobten Sozialisierungspläne: Beste Rente auf die später vom Staat eingulösenden Alttiere, Siebzehnjähriges Dienstalter, dem drei Arbeiter, ein Ingenieur, ein Bürobeamter, ein Landwirt angehören; das siebente Mitglied, der geschäftsführende Direktor, wird vom Storting (Reichstag) gewählt. Generale Feststellung der Machtsbefugnisse nach Kategorien: Ingenieure, Büroangestellte, Arbeiter. Durch ihre Werksvereinigungen und Organisationen erhalten die Arbeiter bestimmenden Einfluss auf die Verteilung der Arbeit, die sanitären Einrichtungen der Fabriken usw. Die Höhe der zu zahlenden Rente wird von den Arbeiter, Büroangestellten und Ingenieurräten festgesetzt, die endgültige Entscheidung trifft jedoch die Direction. Lohnstreitigkeiten sollen möglichst durch eigene Schiedsmänner geschlichtet werden. „Stockholms Dagblad“ begrüßt diese Vorschläge, macht aber darauf aufmerksam, dass zur Zeit die ganze Arbeiterschaft wegen Lohnkonflikts streikt und Forderungen erhebt, denen nicht einmal mehr der aufgestellte Sozialisierungspläne gerecht wird.

Wiesbaden. Unfall. Am Sonnabend, dem 5. Juli, nachmittags gegen 3 Uhr, entstand im Brennloch in der Dynamitsfabrik Nobel u. Co. eine Explosion. In dem Brennloch werden die Abfälle vernichtet. Wie es scheint, waren bei dem Schutt noch Explosivstoffe, die aus nicht aufgelistete Weise dort hin gelommen sind. Berüchtigt sind unter Kollegen W. Beumerich (lebensgefährlich), Louis Aufbaum und Fritz Stoß.

Tapeten-Industrie *

Gegen die Tapeten!

Mit dieser Überschrift versehen, bringt der „Verbandsarbeiter“ (Nr. 20), das Organ des Verbundes der Weber usw., einen längeren Artikel, der sich mit allen Schäden gegen die Tapeten werdet. Beim Leben des Artikels sollte man zunächst denken, dass es lediglich Konkurrenzneid ist, der aus diesen Seiten heraus kommt. Es wäre dies zu befürchten, wenn die Wandmalerei uns statt der vielgeschmähten Tapeten etwas Besseres bieten könnte; aber davon ist die Malerei noch weit entfernt. Es geht den Malern eben im Augenblick genau wie unsrer Branche, auch sie haben noch sehr unter dem Mangel an Rohstoffen zu leiden, und die dafür gestellten Erholungsmittel sind alles andere, was nicht schön. In dem Artikel wird dann auf die schlechten Materialkonzessionen, die in gefälschter Weise koloniert, beim kaufernden Publikum dargeboten werden. Aber wir wollen den Artikel schreiber selbst zum Wort kommen lassen:

„Wieviel Schein und Tand verbirgt nicht alles die Tapete. Wie ungeschickt kann sich das Ungeziefer hinter derselben eimischen, weil die schwächeren Stoffe des Mörtels nie in solch gründlicher Weise, wie es der Anstrich erfordert behandelt werden. Da gibt es eine Trödel-Kirmes von hässlicher, billiger Ware, großblümigen, störenden, schief-furchigen Mustern; aber auch bei den teureren Qualitäten gibt es eine Unmenge Ware, die ein Zimmer eher hässlich und geschnäbeln macht als vornehm. Wie oft werden diese papierartigen Scheinfähigkeiten von der kulturstreitigen Tochter, die in dem nächsten Kreisstädtchen modern erzogen ist, nicht selbst an die Wand gehängt, eine Phantasiepflanze mit Ranken nach oben, die andre noch unten, schief und krumm; tagelang trieft es vor Feuchtigkeit und ziehendem Kleister die Wände herab, und dann muss die Tapete zum Sägen halten, allen Durst, Geruch, Roder, Insekten, alle Pestilzen widerstehen, und die Leute sind froh auf ihren Fortschritt.“

Selbst die besseren und dementsprechend teuren Tapeten haben es dem Einzelner des Artikels angelassen. Da wird auf den ungleichmäßigen Druck der Tapeten hingewiesen. Beim Tapeten sei eine Bohne hell, die andre dunkel. Die Farben veränderten sich durch die Räume, die Bindemittel und Farben lösen und verwischen sich und was sonst noch der schönen Eigenschaften mehr sind. Ein häusliches Geschick ist wohl in diesem Satz enthalten. Der Artikelschreiber gibt selbst zu, dass die teuren Tapeten vorzüglich behobelt werden müssen, aber der Malermeister sei dann unzufrieden mit der geringen Tagesleistung. Hier ist es lediglich das Abschöpfen das den Tapeten schadet, denn würde das Tapeten im Tagelohn ausgeführten, dann brauchte der Tapetenarbeiter nicht jolige Arbeitsmethoden anzutreiben, wie sie heute leider noch ganz und gar sind, nämlich dass immer mehrere Bahnen der Tapete mit Kleister eingeschmiert und dann noch mehrere Male zusammengelegt und längere Zeit liegen gelassen werden. Doch davon die Tapeten besser ausschauen, wenn sie nachher an die Wand kommen, kann ich durchaus nicht behaupten. Im Gegenteil, alle guten Eigenschaften die die Tapete zusammensetzen, werden durch eine solche Behandlung zerstört. Wen selbst schon mehrfach Tapeten hat, weiß aus eigener Erfahrung, dass bei genügender Sorgfalt und das zarteste Kleister gut an die Wand geklebt werden kann. Vielleicht könnte der Artikelschreiber seinen Kollegen die Anregung geben, dass die Tapeten zunächst einmal sander behandelt werden müssen. Dies wäre ebenfalls besser, als über ein Umprodukt herzugehen, an dessen Verarbeitung die besten Künstler seit Jahren arbeiten. Das Ganze läuft auf eine billige Rollensche für die Wandmalerei hinaus. Aber auch hier soll man immer vorsichtig sein.

L. B.

Versammlung der Fabrikanten und Händler in Hannover.

Vom 27. bis 29. Juni tagten im Künstlerhaus zu Hannover der Verband deutscher Tapetenfabrikanten und der Verein der Tapetenfabrikanten (Sip Berlin) einerseits und der Hannoversche Verein der Tapetenhändler mit den verschieden angelegten Gewerbeorganisationen

der Händler andererseits. Die Lage der Tapetenindustrie ist zur Zeit keine rohe, die Produktion mit Materialien höchst mangelhaft. Besonders bei der Qualitätsschwäche wird die Tapetenindustrie als durchaus nebenfähig angesehen, was natürlich in gewissem Sinne zu verstehen ist. Vorworfeneinheit zum Verteilen der Farben wurde schon lange nicht mehr zu haben. Da auch das Gut aus dem Ausland nur spärlich eingeholt wird, lässt die Qualität des insgesamten leicht gelegten Papiers zu wünschen übrig. Die guten Farben der „Höchster Farbenwerk“ und der „Bayerischen Soda und Anilinfabrik“ wandern seit der Beziehung des deutschen Bestens in die Länder der Entente, während in das unbefreite Deutschland nichts mehr geliefert wird. Trotz der erheblich gestiegene Materialpreise und der enorm erhöhte Röhne haben die Fabrikanten im Interesse des ganzen Gewerbevolkes von einer weiteren Erhöhung der Preise vorläufig abgesehen. Anfolge der technischen Schwierigkeiten, lange Steifezeit erst am 1. Oktober beginnen, die Musterrollen sollen am 1. Dezember und die Ware vom 1. Februar ab geliefert werden. Bei den beiden Fabrikanten-Verbänden wurde in den grundlegenden Punkten völlige Übereinstimmung erzielt. Die Musterfarben, deren Farbzahl an Farben und Druckfarben auf 275 beschränkt wurde, sowie Gesamt-Dekorarten werden in Zukunft nur gegen Bezahlung abgegeben. Die Händler führen lebhafte Klage über das Detektieren verschiedener Fabriken und das bei nicht organisierten Fabrikanten und Händlern eingerissene Schleuderunternehmen. Um dieser Konkurrenz zu begegnen, haben sich 15 Fabrikanten entschlossen, je ein Ausnahmemuster zu ermächtigen, Preisen zu liefern. Die durch die gesteuerten Forderungen der Unternehmen, die erhöhten Porto- und Frachtfosten, die Umsatzsteuer unverhältnismäßig gewordene Preiserhöhung im Einzelhandel wird mit der Herausgabe der neuen Kollektionen in Kraft treten. Die Händler erachten die Fabrikanten, den direkten Verlauf an die Agenten und die Lieferungen an Berufsorganisationen der Handwerker zu unterlassen. Siegerarten werden von den Händlern an die Agenten in Zukunft nicht mehr geliefert werden, die Musterfarben der Agenten bleiben Eigentum der Firma. Das Ziel im Agentengeschäft wurde auf drei Monate beschränkt, der Kassenkontakt von 3 auf 2 Prozent herabgesetzt. Zu bemerken ist weiter, dass die Musterfarben in Zukunft zwei Jahre laufen werden.

Wir bringen Ihnen Bericht unsern Kollegen zur Kenntnis, damit sie jederzeit über alle Vorgänge innerhalb der Branche unterrichtet sind.

L. B.

Keramische Industrie

Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Ziegeleiarbeiter Hannovers.

Blüthlich brachte die Zeitung „Gut Brand“, Verbandsorgan des Gewerbevereins der Ziegelei, einen Artikel, in dem sich der Verfasser, ein Herr Biesecker, in recht abschöpfer Weise über die Vertretung der Interessen der Ziegeleiarbeiter durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands aussprach. Der Verfasser stellte die Behauptung auf, dass bei Fabrikarbeiterverbands die Interessen der Ziegeleiarbeiter nicht erfolgreich wahrgenommen würden weil in dem Fabrikarbeiterverbände neben den Ziegeleiarbeitern in der Mehrzahl Arbeiter anderer Betriebe und Industrien organisiert seien. Auch fehle es den Funktionären des Fabrikarbeiterverbands an der nötigen Sachkenntnis, weil sie nicht in der Ziegelindustrie gearbeitet hätten. Mit dieser Behauptung haftet der Verfasser völlig daneben. Denn erstmals fuhr im Fabrikarbeiterverbund mehr Ziegeleiarbeiter organisiert, als wie der Gewerbeverein der Ziegelei insgesamt Mitglieder hat, und zweitens haben von den Angestellten des Verbundes eine erhebliche Anzahl längere Zeit selbst auf Ziegeleien gearbeitet, so dass sie die Erfahrungen aus eigener Erfahrung kennen und aus eigener Sachkenntnis weiter können. Unabhängig ist es auch für die erfolgreiche Interessenvertretung der Ziegeleiarbeiter von grossem Vorteil, wenn sie einer Organisation angehören, wo sie zusammen mit mehreren hunderttausend Arbeitern aus anderen Industriezweigen organisiert sind, auf deren moralische und finanzielle Unterstützung sie bei Lohnkämpfen bestimmt rechnen können.

Was die Ziegeleiarbeiter in dem Wirtschaftsgebiet in der näheren Umgebung von Hannover anstrebt, ist ihnen diese in diesem drückende hinreichend Gelegenheit gehabt zu beobachten, wie es mit ihrer Interessenvertretung durch den Ziegelei-Gewerbeverein aussieht. Als hier der Fabrikarbeiterverbund im April mit der Agitation einsetzte, war vom Gewerbeverein der Ziegelei nichts zu merken. Und als nun im Mai vom Fabrikarbeiterverbund Sonderungen eingereicht wurden, blieb die Gewerbevereine immer noch als Beobachter im Verborgenen. Zu den Versammlungen wurden dann Vertreter des Gewerbevereins vom Arbeitsverbund eingeladen. Wäre dies nicht geschehen, dann würden die jüdischen Streiter an dem Vertragsabschluss überhaupt nicht beteiligt gewesen sein. Eine Bedeutung hierzu lag eigentlich auch nicht vor, denn bei ihrem halben Dutzend Mitglieder auf den hiesigen Ziegeleien wäre es auch ohne die Gewerbe gegangen.

Das zeigte sich so recht bei der zweiten Be-handlung, als die Röhne festgestellt wurden. Der Vertreter des Gewerbevereins, Prüger, tat sich sehr viel auf den Bezug an, der einige Tage zuvor unter seiner Regierung besonderen Mittwoch für die Höhleheimer Ziegeleien abgeschlossen worden war. Für Höhleheim war ein Höchstlohn von 1,40 Mark pro Stunde vereinbart. Für Hannover boten die Unternehmer einen Höchstlohn von 1,60 Mark, falls für die neuende und zehnte Stunde ein Nachschlag von 25 Prozent bezahlt werden sollte, wie vom uns geäußert wurde. Dies Angebot der Unternehmer blieb hinter den vom Fabrikarbeiterverbund eingerichteten Forderungen um 20 bis 30 Prozent zurück. Die Verhandlungen gestalteten sich bei diesem Punkte besonders schwierig, weil die Unternehmer bei obiger Berechnung des Überarbeitsentgelts für Dienstleiter usw. unter keinen Umständen über 1,60 Mark auszugehen wollten. Herr Prüger gab freilich die isolomotische Weisheit zum besten, dass die Arbeiter, wenn es für die neuende und zehnte Stundesparkie je 25 Prozent Nachschlag gebe, dann ja doch angeföhrt den gleichen Tag wieder einen Tag erreichen, als wenn sie, wie der Vertreter des Fabrikarbeiterverbundes forderte, pro Stunde mindestens 1,80 Mark bekommen. Dafür berichtete den Standpunkt, dass die Arbeiter ihr Geld nicht oft durch Überarbeiten, sondern während der normalen Arbeitszeit verdienten sollten. Da bei dem obliegenden Verhältnis der Unternehmer die Verhandlungen zu schwierig stellten, ertrugen wir uns gezwungen, das als Überstunden zu bezahlen ist, wenn über die zulässigen 48 Stunden pro Woche hinaus gearbeitet wird. Im übrigen wurden folgende Werte vereinbart:

Lange-Zeit, Dienstleiter pro Stunde 1,80 Mark, Betriebsarbeiter arbeiter pro Stunde 1,65 Mark.

Breitensitzer: Höhleheimer und Höhleberger 1,70 Mark, Bogenzieher weiter 17 Jahren 1,30 Mark, über 17 Jahre 1,45 Mark, Karrenzieher 1,60 Mark, Steinzieher vom Geführer und Hohmenezieher (Ziegelfabrik) 1 Mark, Steinzieher am Geführer unter 25 000 Stück täglich 1,70 Mark, über 25 000 Stück täglich 1,80 Mark, Zieffensieder an der Dampfkesselpresse (Bet. Höhle) 1,80 Mark, Zieffers vom Wagen und Dampfkesselpresse 1,60 Mark, Wöhre 1,65 Mark, Bodenzieher 1,70 Mark, Brüderlein zum Ofen auf Gleisen 1,50 Mark, Zieffers zum Ofen 1,70, Bremer 1,60 Mark, Bremer, welche die Ziefe die Brüderlein hinzubringen, 1,80 Mark, Reibendreher, Zieffeler, Gladbach-Ziegelei 1,70 Mark, Kloppler an die Dampfkesselpresse, unter 18 Jahren 1,40 Mark, über 18 Jahren 1,50 Mark, Kloppler beim Ziegen 1,60 Mark, Zieffeler 1,50 Mark, Hohmenezieher 1,60 Mark, Karrenzieher 1,60 Mark, Zieffeler und Zieffeldreher, einfache Ziegelfabrik Stahlblech, pro Woche 63 Mark, Zieffeler und Zieffeldreher pro Stunde 1,70 Mark, Handarbeiter pro Stunde 1,70 Mark, Arbeitnehmer beim Wöhre und Höhle 1 Mark, Arbeitnehmer 16-18 Jahren 90 Pf., Arbeitnehmer 14-16 Jahren 80 Pf., Arbeitnehmer 16-18 Jahren 90 Pf., Arbeitnehmer 14-16 Jahren 80 Pf.

L. B.

Die Gewerbevereine der Ziegeleiarbeiter Hannovers sind bestrebt,

Gewinnliste aus der Zement-Industrie.

Das geschlossene Geschäftsjahr war für die Zementindustrie trotz der unsicheren Verhältnisse nicht ungünstig. Als Beweis dafür haben wir schon vor einiger Zeit eine Gewinnliste aus der Zementindustrie veröffentlicht, die nachstehend eine Ergänzung erfahren soll. Es erzielten:

| Betrieb | Nach einer Abschreibung von M. | Einen Gewinn von M. | Dividenden verteilt in % |
|---|--------------------------------|---------------------|--------------------------|
| Süddeutsches Portlandzementwerk, A.-G., Müllingen | 85 999 | 48 460 | ? |
| Offenbach-Borl. Zementfabrik, A.-G. | 181 400 | 57 048 | ? |
| Finkenberg, A.-G. i. Borl. Zement- und Wasserfall, Ennigerloh | 45 398 | 69 102 | 50 000 |
| Portland-Zementfabrikallea, d.G. | 50 801 | 72 420 | 50 000 |
| Borl. Zement- u. Kalkwerke „Anna“ | 193 185 | 116 065 | 78 000 |
| Borl. Zementfabrik Hardesegg, A.-G. | 114 246 | 137 632 | 112 000 |
| Oppeln - Frauendorfer Portland-Zementwerke, A.-G. | 208 185 | 155 027 | 120 000 |
| Stettiner Portland-Zementfabrik | 80 885 | 176 791 | 157 500 |
| Vereinigte Harzer Portland-Zement- und Kalkwerke Elbingerode | 283 963 | 272 883 | 220 000 |
| Portland-Zementim. Höxter-Godelheim, A.-G. | 240 000 | 275 688 | 177 600 |
| „Teutonia“ Misburger Portland-Zementwerke | 290 283 | 311 500 | 198 000 |
| Schlesischer Zement- und Ziegelwerke, A.-G. | 395 478 | 446 437 | 290 000 |
| Portland-Zementfabrik Großschönau, A.-G. „Silesia“ Neuer Oppelner Portland-Zementfabrik | ? | 548 502 | 400 000 |
| Prüssing, Götschow | 227 831 | 640 867 | 400 000 |
| Gogolin - Gorasdziger Kalk- und Zementwerke | 180 000 | 721 232 | 252 000 |
| Schlesische A.-G. für Portland-Zementfabrik Großschönau | 120 | 804 240 | 616 000 |
| Brüssing, Götschow | 607 801 | 935 301 | 480 000 |

Die Aktienvölker der Portlandzementwerk Höxter-Godelheim erhielten außer den angeführten Dividenden von 10 Prozent noch eine Zusatzdividende von 5 Prozent, die aus einem besondern „Rücklagenkonto“ gespeist wurde. Diese Rücklagenfonds betrug 136 997 M.

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde von 11 000 M. auf 25 000 M. erhöht.

Der Vorstand und Aufsichtsrat der Schlesischen A.-G. für Portlandzementfabrik Großschönau erhielten für Vermögens 54 352 M.

Die Oppelner Portlandzementfabrik „Silesia“ konnte noch 209 117 M. in den Reservekonto für das nächste Jahr umhörsichtlich ergibt die Bilanz der Zement- und Kalkarbeiter ein ähnliches gutes Bild.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumgenossenschaftliche Kulturarbeit.

Am 16. Mai wurde das in Hoffnung, nördlich Lübeck an der Ostsee gelegene Förderungsheim des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“, Hamburg, in Benutzung genommen. Der größte deutsche Konsumverein hat es belanglos durch einen entschlossenen und weitblickigen Leitung verstanden, seine mannigfaltigen Betriebe einheitlich der Kriegswirtschaft geöffnet anzupassen und sich so nicht vor sonst unvermeidlichen großen Verlusten und schwer einzuhaltendem Rückgang zu bewegen, sondern auch eine vorteilhafte Ausnutzung und Entwicklung seines umfangreichen Anlagen durchzusetzen. Nicht unerhebliche Summen, die sonst in die Taschen weniger Kriegsgewinner gelangten, gewannen durch die gewissenhaften Weise, die in gewissenhafter Weise zur Zufriedenheit der Heeresverwaltung und sogar zum Nutzen der Heeresangehörigen ausgeführt wurden und einen in Anbetracht der Größe des Objek

